

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 36

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Selbst geschrieben?

Bös ins Wespennest gestochen hat Bundespräsident Stich mit seiner Rede anlässlich der Botschafterkonferenz in Delsberg. Mit der Schaffung des eigenen Kantons Jura habe sich «das Blatt der Geschichte endgültig gewendet». Die Retourkutsche kam denn auch prompt: der Bundesrat – so heisst es gehänsicht aus dem Kanton Jura – «begeht einen schweren politischen Fehler, wenn er glaubt, die Jurassier hätten die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung ihrer Heimat aufgegeben». Hoffen ist in der Tat in diesem Land nicht verboten. Den Jurasiiern aus präsidialem Bundesratsmund diese Hoffnung gleich abzusprechen, sorgt unnötig für Aufruhr. So täten auch Bundesräte künftig gut daran, politisch heikle Themen in ihren Reden entweder selber zu schreiben oder mindestens gegenlesen zu lassen.

Zitat der Woche:
«Nicht nur Christlich-Demokraten haben ihre Glaubenskriege!»

Iwan Rickenbacher, CVP-Generalsekretär anlässlich der Präsentation der fiskalpolitischen Thesen seiner Partei

100 000 sind wirklich genug

Kommt nun trotz Finanzaffäre doch wieder die gut-böse alte Zeit der Berner «gnädigen Herren»? Die Berner Kantonsverwaltung hat unlängst ihre lieben Untertanen schon zum Narren gehalten, zur Verärgerung von Bundesrätin Elisabeth Kopp. Am 29. August 1988 kündigte das Amt für



Information eine allgemeine Alarmsirenenkontrolle an, die am «Mittwoch, 3. Februar 1988» stattfinden werde. Unterzeichnet war die Mitteilung aber vom Justiz- und Polizeidepartement des Bundes. Zum Flop kam es, weil die Berner Beamten einfach ein früheres Communiqué fotokopiert und oben ein neues Datum hingeschrieben hatten. Wenn demnächst die Abstimmung über die Volksinitiative zur Beschränkung der Berner Beamtenlöhne auf 100 000 Franken stattfinden wird, werden die Bürger wohl wissen, wie sie abzustimmen haben.

Warum selten etwas auffliegt

Dass beim Bund viel schiefläuft, war bekannt. Warum es aber so selten zum Eklat kommt, weiss die Öffentlichkeit jetzt endlich auch. Es hängt damit zusammen, dass selten alle für ein Debakel Verantwortlichen gleichzeitig demissionieren und den Scherbenhaufen den Nachfolgern überlassen. Diesmal aber war es so. Beim Landesmuseum für die Westschweiz im Schloss Prangins, das nun nicht 19, sondern 67 Millionen

Franken kosten soll, traten vor Auffliegen der «Affäre» alle Verantwortlichen zurück: Bundesrat Alphons Egli, der Amtsdirektor für Bundesbauten und die Chefin des Landesmuseums. Da eine solche Konstellation äusserst selten vorkommt, ist mit dem Auffliegen der nächsten Kostenüberschreitung nicht so bald zu rechnen.

Ozonige Irrgeister

Stundenlang war es eine Spitzentmeldung in den Nachrichten von Radio DRS: Ozon vermindere die Getreideernte um bis zu 15 Prozent. Eine wissenschaftliche Studie habe dies ergeben. Zwar seien die Resultate noch provisorisch, aber bekanntgegeben wurden sie trotzdem. Informationsquelle war ein Beamter der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt für Agrikulturchemie und Umwelthygiene in Liebefeld, Bern. Die Ozonmeldung hat aber nicht nur die Öffentlichkeit aufgeschreckt, sondern auch die Spiten im Bundesamt für Landwirtschaft. Die hatten nämlich die aufsehenerregende Nachricht auch erst aus den Medien erfahren müssen und sich dann gefragt, wie eine solche Meldung ohne Wissen der Vorgesetzten den Weg hinaus gefunden habe.

Kein Ge-Winn

Alles atmete auf, als die amerikanische Botschafterin Ryan Faith Wittlesy endlich doch der Schweiz den Rücken kehrte und über den Teich davonflog. Ihr ewiges Gecker an unserem schönen Land hatten viele satt. Doch kaum ist der Nachfolger da, gibt es neuen Ärger. Philip D. Winn machte wenige Tage nach seinem Amtsantritt in der Schweiz bekannt, Helvetia habe eine Grenze mit Löchern wie ein Emmentaler. Terroristen kämen zu leicht hinein und hinaus. Die suffisante Bemerkung, man werde deswegen gegen die Schweiz nichts unternehmen, war auch kein Gewinn. Zu hoffen bleibt nur, dass der neue Botschafter in Washington, der ehemalige Staatssekretär Edouard Brunner, drüben die Verhältnisse einmal klarstellt.

Keiner spricht von Scherrer

Alle reden von Rosmarie Dormann, Luzerner CVP-Nationalrätin und aus Amt und Würden gejagter Amtsvormund. Ihr war der Posten entzogen worden, nachdem sie ins hohe Bundeshaus gewählt worden war. Das weiss jetzt die ganze Schweiz. Doch niemand spricht von Jürg Scherrer, dem ersten Autopartei-Nationalrat des Kantons Bern. Auch er musste nach seiner Wahl aus der Autogarage, wo er tätig war, abfahren und, um einen neuen Arbeitgeber zu finden, sogar den Kanton wechseln. Sein Trost: Die Entlohnung als Nationalrat ist auch nicht mehr so schlimm wie früher. Seit Mitte Jahr gibt es für jeden statt durchschnittlich 30 000, wie früher, rund 51 000 Franken im Jahr.

Lisette Chlämmerli

